



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

FAKULTÄT
FÜR WIRTSCHAFTS- UND
SOZIALWISSENSCHAFTEN



FAMILIENALLTAG UND CORONA

VERSCHRIFTLICHUNG DES VORTRAGS IM JUGENDHILFEAUSSCHUSS IN BREMER-
HAVEN AM 09. MÄRZ 2022

PROJEKTHINTERGRUND

Der Fokus unseres Forschungsprojekts liegt auf der Frage, ob die Auswirkungen der Pandemie den gesellschaftlichen Ungleichheitslinien folgen. Konkret interessiert uns, was genau in Familien in verschiedenen sozio-ökonomischen Kontexten passiert. Ausgangspunkt ist also die Familie als sozialer Zusammenhang, in den die individuellen Situationen eingebettet sind.

Bei der Auswahl der Untersuchungsräume Bremerhaven und Schwerin war die Annahme leitend, dass die räumliche Dimension – also Stadt, Quartier, Wohnung – während der Pandemie einen relevanten Einfluss hat. Wir beschränken uns zwar auf städtische Räume, untersuchen dort aber privilegierte und benachteiligte Quartiere. Zudem vergleichen wir zwei Städte, die bezogen auf die Einwohnerzahl ähnlich groß sind. Sie unterscheiden sich jedoch bezüglich des durchschnittlichen Einkommens und der allgemeinen Lebensverhältnisse deutlich voneinander.

Eine Besonderheit unserer Studie ist die Wahl von Familien als Untersuchungseinheit. Dadurch sollen Effekte des Zusammenlebens in den Blick kommen, die im Pandemiealltag verschärfend oder entlastend wirken. Zusätzlich gehen wir explorativ und methodenplural vor: Zunächst wurden eine Medienanalyse und Literaturlauswertung durchgeführt. Das Sozialforschungsinstitut Infas hat im Anschluss eine quantitative Online-Befragung von Familien realisiert. In Bremerhaven konnten 174 Haushalte und 314 Personen erreicht werden, in Schwerin waren es 314 Haushalte und 612 Personen. Das Sample ist jedoch in Richtung besser gestellter Familien verzerrt, da benachteiligte Personen sehr schwer von der Teilnahme an der Online-Umfrage zu überzeugen waren. Parallel dazu fanden im Frühjahr und Sommer 2021 qualitative Expert*innenbefragungen und Kurzgespräche vor Ort statt. Im Herbst 2021 führten wir vertiefende offene Familieninterviews durch. Wir befragten unabhängig voneinander beide Elternteile bzw. bei Alleinerziehenden nur eines. Zusätzlich sprachen wir auch mit einem Kind der Familie, das mindestens 10 Jahre alt war. Aktuell befinden wir uns in der Auswertung des umfangreichen Interviewmaterials. Von Beginn an ist es ein Projektziel, unsere Ergebnisse der Politik, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und der breiten Bevölkerung zugänglich zu machen.

Relativ früh wurde deutlich, dass alle Familien von der Pandemie betroffen sind. In der Online-Umfrage stimmten in Bremerhaven lediglich 2 % der Befragten der Aussage zu, dass sie keine der Maßnahmen als große Einschränkung für Ihre Familie empfunden hätten. Es zeigte sich aber auch schnell, dass die spezifischen Auswirkungen und die Intensität der Betroffenheit je nach Familie stark variieren. In welchem Ausmaß die Familien betroffen sind und wie sich die Maßnahmen ausgewirkt haben, ist abhängig von individuellen Faktoren und strukturellen Rahmenbedingungen. Das wird im Folgenden an Beispielen aus den Bereichen Homeschooling, Deutschkenntnisse kürzlich migrierter Personen, Zugänge zu Ämtern und Behörden und kumulierte Problemlagen aufgezeigt.

HOMESCHOOLING

Das Homeschooling war eine der einschneidendsten Maßnahmen für Familien mit schulpflichtigen Kindern. 65 % der Befragten aus Bremerhaven hätten sich mehr Unterstützung beim Homeschooling gewünscht. Wie unterschiedlich aber die Wünsche sind, zeigt der Blick in die qualitativen Interviews.

Nahezu alle befragten Kinder berichten, dass es eine Hürde gewesen sei, Kontakt mit ihren Lehrer*innen aufzunehmen, wenn sie Nachfragen zu den Aufgaben hatten. Zusätzlich war für manche die Schriftform

herausfordernd. Daher neigten Schüler*innen eher dazu, nicht nachzufragen. Hier wäre es wichtig gewesen, den Kindern sehr niedrigschwellige, einheitliche Angebote zu machen.

Bei den Eltern zeichnen sich hinsichtlich der Art der gewünschten Unterstützung Bildungsunterschiede ab. Eltern mit hoher Bildung kritisierten eher die Strukturierung des Fernunterrichts durch die Lehrer*innen. Sie waren auch mit der Kommunikation der Lehrer*innen mit ihren Kindern und den Lerninhalten unzufrieden. Zudem haderten sie mit ihren eigenen didaktischen Kompetenzen und motivationalen Fähigkeiten. Diese Eltern hätten sich vor allem einen besseren Austausch und größere Berücksichtigung der Bedürfnisse ihrer Kinder gewünscht. Eltern mit niedrigerer Bildung hatten größere Probleme, ihren Kindern beim Erlernen spezifischer Inhalte zu helfen, weil sie diese selbst nicht beherrschen oder verstehen.

Von der Bildung der Eltern ist auch der Anspruch an die schulischen Erfolge der Kinder abhängig. In besser gebildeten Familien war es ein wichtiges Thema, dass die Kinder die Unterrichtsinhalte auch beim Homeschooling vollumfänglich erlernen, damit keine Defizite entstehen. Demgegenüber hatten Eltern mit niedrigerer Bildung eher nicht so hohe Erwartungen an ihre Kinder.

Die Beispiele zeigen, dass der Unterstützungsbedarf beim Homeschooling stark von individuellen Faktoren abhängig ist. Deutlich wird, dass die Kommunikation an den Kindern ausgerichtet werden muss. Kinder müssen niedrigschwellige Möglichkeiten haben, mit den Lehrer*innen in Kontakt zu treten. Gleichzeitig müssen die Kommunikationsmedien so gewählt werden, dass Kinder die Erklärungen auch verstehen.

Höher gebildete Eltern waren mit den didaktischen Konzepten und Inhalten unzufrieden. Sie waren auch diejenigen, die aus ihrer Perspektive wahrgenommene Missstände deutlich benennen. Sie forderten ein, dass auf sie und ihre Kinder seitens der Schule eingegangen wird. Eltern mit mittlerer und niedriger Bildung waren dagegen eher von den Inhalten und der Organisation des Homeschoolings überfordert. Sie forderten seltener ein, dass ihre Bedürfnisse und die ihrer Kinder wahrgenommen werden. Da sie das nicht einfordern, müssen die Schulen ein größeres Augenmerk auf die Bedürfnisse dieser Kinder richten.

DEUTSCHKENNTNISSE KÜRZLICH MIGRIERTER

Schon in den Interviews mit Expert*innen, die wir vor den Familienbefragungen geführt hatten, war das Verlernen der deutschen Sprache bei kürzlich migrierten Personen ein wichtiges Thema. Aufgrund der strikten Kontaktbeschränkungen und Schließung von Schulen fehlten den betroffenen Personen die Möglichkeiten, Deutsch zu sprechen und zu üben. Auch die Schließung öffentlicher Einrichtungen, in denen Sprach- und Integrationskurse stattgefunden haben, trug zu einer Verschlechterung bei. In Bremerhaven fehlten z.B. die Mama lernt Deutsch-Kurse in den Familienzentren, als diese geschlossen waren.

In allen Interviews mit Personen, die in den letzten Jahren nach Deutschland migriert waren, bestätigten die Befragten diese Entwicklung. Durchgehend wurde uns berichtet, dass insbesondere die Eltern die deutsche Sprache während der Lockdown-Perioden verlernt hätten. Aber auch die Kinder waren betroffen.

Eine Expertin aus Bremerhaven hebt hervor, dass die betroffenen Familien in ihren Integrationsbemühungen insbesondere in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt und im gesellschaftlichen Leben um mehrere Jahre zurückgeworfen werden. Daher ist es wichtig, Sprachdefizite schnellstmöglich abzubauen, damit

entstandene oder verschärfte Benachteiligungen abgefedert werden können. Andernfalls setzen sich die Benachteiligungen in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt fort. Das erschwert für die betroffenen Familien die gesellschaftliche Integration und den Aufbau einer lebenswerten und unabhängigen Existenz.

ÄMTER UND BEHÖRDEN

Für Personen in prekären Lebenslagen, deren Lebensunterhalt von staatlichen Transferleistungen abhängig ist, war die Beantragung von Leistungen sowie die Kommunikation mit Ämtern und Behörden während der Lockdown-Perioden herausfordernd bis problematisch. Eine Interviewteilnehmerin bspw. war mit den ihr zustehenden Leistungen und dem Verstehen der Bewilligungsbescheide vollkommen überfordert. Sie erhielt kaum Unterstützung von den Behörden und hätte ohne die Hilfe von Mitarbeitenden eines Familienzentrums ihre Wohnung verloren.

Auch eine Expertin aus Bremerhaven bestätigt, dass der Beratungsbedarf enorm angestiegen sei. Der Zugang zu Unterstützung sei zu hürdenreich insbesondere für Personen ohne Internetzugang, mit geringer Bildung oder Sprachschwierigkeiten.

Hier hat die Pandemie ein bestehendes Problem verschärft. Anträge, Formulare, Prozesse und Kommunikation mit Mitarbeiter*innen müssen einfacher, verständlicher und zugänglicher werden, was auch Mehrsprachigkeit einschließt. Das gilt für Nicht-Pandemie-Zeiten und umso mehr für Zeiten, in denen Ämter und Behörden bspw. aufgrund eines Infektionsgeschehens für den Publikumsverkehr geschlossen sind.

KUMULIERTE PROBLEMLAGEN

Neben den pandemiebedingten Einschränkungen sind für manche Familien noch weitere Herausforderungen wie Schwangerschaft, Trennungen, Tod von Familienangehörigen etc. hinzugekommen, die die Situation deutlich verschärft haben. So entstanden während der Pandemie sehr individuelle Problemlagen mit spezifischen Unterstützungsbedarfen. Es ist schwer, konkrete Maßnahmen zu identifizieren, die allgemein Abhilfe schaffen können. Eine Möglichkeit bestünde in der Etablierung einer niedrigschwelligen Informationsstelle, die auf zur Verfügung stehende Hilfsangebote verweist. Wichtig ist, dass diese bekannt ist oder an entsprechender Stelle bspw. von Ärzt*innen darauf verwiesen wird. Das Angebot darf nicht stigmatisiert sein, damit sich alle gesellschaftlichen Gruppen angesprochen fühlen.

RESÜMEE

Unsere Forschungsergebnisse zeigen, dass die Schulen, so lange es möglich ist, geöffnet bleiben müssen. Wenn es zum Homeschooling kommt, sollte es mehr an den Bedürfnissen der Schüler*innen ausgerichtet werden. Zentral ist dabei die gelingende und unkomplizierte Kommunikation zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen. Ebenso wichtig ist es, die Bedürfnisse von Schüler*innen aus bildungsferneren Haushalten im Blick zu behalten, da besser gebildete Eltern eher ihre Ansprüche einfordern.

Die Rückschritte hinsichtlich der Deutschkenntnisse kürzlich migrierter Personen müssen schnellstmöglich abgebaut werden. Andernfalls verlieren sie wertvolle, kaum noch aufzuholende Jahre bei der Integration in Schule, Beruf und Gesellschaft.

Der voraussetzungsreiche Zugang und die komplizierte Beantragung von Sozialleistungen ist auch außerhalb der Pandemie ein Problem. Dieses wurde durch Schließung der Einrichtungen und Aussetzen des persönlichen Kontakts noch einmal verschärft. Hier müssen Zugangshürden abgebaut und Verfahren sowie Kommunikation vereinfacht werden, da grundsätzlich benachteiligte Personen am stärksten betroffen sind.

Durch kumulierte Problemlagen ergeben sich sehr individuelle Unterstützungsbedarfe. Hier ist es schwer, einheitliche Lösungen zu identifizieren. Eine niedrigschwellige, breit bekannte und nicht stigmatisierte Beratungsstelle als Startpunkt im Prozess der Hilfevermittlung könnte ein Ansatz sein.

Die Familienzentren sind eine Besonderheit in Bremerhaven, die sich während der Pandemie gut bewährt hat. Insbesondere bei benachteiligten Personen konnten Probleme, die im Zusammenhang mit der Pandemie entstanden sind, abgefedert werden. Jedoch konterkarierten die Pandemiemaßnahmen das Prinzip der Familienzentren: Niedrigschwellige Hilfsangebote, ohne Zugangsvoraussetzungen und Anmeldungen stehen Personenbegrenzungen und Kontaktdatenerfassung gegenüber. Daher ist es wichtig, die Familienzentren solange wie möglich offen zu halten. Zudem bieten die Familienzentren einen guten Rahmen, um durch die Pandemie entstandene Entwicklungshemmnisse und -verzögerungen bei Kindern und Jugendlichen aufzuarbeiten. Das gilt auch für weitere bestehende Strukturen der Kinder- und Jugendsozialarbeit.

KONTAKTANGABEN

Das Forschungsprojekt „Ungleicher Familienalltag durch die Corona-Pandemie“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Universität Hamburg unter der Leitung von Frau Prof.in Katharina Manderscheid und dem Sozialforschungsinstitut infas in Bonn unter der Federführung von Robert Follmer.

Prof.in Katharina Manderscheid

Professur für Soziologie, insbes. Lebensführung und Nachhaltigkeit
Universität Hamburg
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Fachbereich Sozialökonomie
Fachgebiet Soziologie
Welckerstr. 8
20354 Hamburg

Katharina.Manderscheid@uni-hamburg.de

040 42838-8661

Robert Follmer

Bereichsleiter Verkehrs- und Regionalforschung
infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH
Friedrich-Wilhelm-Straße 18
53113 Bonn

r.follmer@infas.de

0228 38 22-419

Lorenz Gaedke

Universität Hamburg
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Fachbereich Sozialökonomie
Fachgebiet Soziologie
Welckerstr. 8
20354 Hamburg

Lorenz.Gaedke@uni-hamburg.de

040 42838-8658